



Andrés Chávez, 13, betet auf dem Friedhof von Sucre gegen Bezahlung für die Toten – oder stellt frische Blumen vor die Urnen

## Klinkerkinder, Friedhofsjungen

2014 regulierte Bolivien als erstes Land der Welt Kinderarbeit. Minderjährige, die Geld verdienen müssen, sollten so besser geschützt werden. Fünf Jahre später wurde die Regelung gekippt. Was bedeutet das für die Kinder?

Aus Sucre, Bolivien, **Nora Belghaus** (Text und Fotos)

Wenn Edgar Esquivel seine Augen öffnet, geht hinter den Bergen gerade die Sonne auf. Er braucht keinen Wecker, denn er steht jeden Morgen zur selben Zeit auf. Edgar zieht sich an, isst seine Nudelsuppe. Dann bricht er auf. Er wird erst zurückkommen, wenn die Sonne wieder hinter den Bergen verschwindet. Alles wird staubig sein, sein Rücken schmerzen. Edgar wird Hunderte Lehmziegel in einem Ofen gestapelt haben. Mit seiner Mutter wird er den Ofen anfeuern und rund um die Uhr jede halbe Stunde Holz nachlegen, damit die Ziegel gleichmäßig gebrannt werden. Drei Wochen lang.

Edgar ist „Ladrillero“, ein Ziegelbrenner, ein Klinkerkind. Mit sechs fing er an zu arbeiten. Erst half er nur der Familie bei der Ernte, dann nahm ihn der Vater mit in eine Schnurfabrik. Mit fünfzehn übernahm er den Ziegelofen in der Nachbarschaft. Heute ist er siebzehn, der Älteste von acht Geschwistern.

So wie Edgar, der Ziegelbrenner, müssen nach Schätzungen von NGOs über 700.000 Kinder und Jugendliche in Bolivien arbeiten, dem Land, das als das Ärmste Südamerikas gilt. Sie putzen Schuhe, verkaufen Kaugummi, ernten Zuckerrohr, mahlen Gesteine in den Minen der Silberberge. Die meisten tun es, weil ihnen nichts anderes übrig bleibt. Weil ihre Eltern zu wenig verdienen, um sie und ihre Geschwister zu ernähren. Weil es dem Staat nicht gelingt, ihnen eine Lebensgrundlage zu bieten, die ihnen eine Wahl ließe. Und weil die Gesellschaft es akzeptiert.

Bolivien ist damit nicht allein. Weltweit gibt es über 200 Millionen arbeitende Kinder zwischen 5 und 17 Jahren (siehe Text rechts). Keine guten Aussichten für das Ziel der UN, diese Zahl bis 2025 auf null zu senken.

Als Bolivien im Jahr 2014 das Mindestalter für arbeitende Kinder unter bestimmten Bedingungen von 14 auf 10 Jahren herabsenkte, war die Empörung der internationalen Kinderschutzgremien groß. Was wollte die Regierung unter dem indigenen Präsidenten Evo Morales damit bloß bewirken?

Um diese Frage wird seit Jahrzehnten heftig gestritten. Es ist ein Streit, der eine große Schublade voller weiterer Fragen öffnet: Was bedeutet Kindheit? Wer definiert das? Können internationale Verbote und Sanktionen ein Phänomen bezwingen, dessen Wurzeln in Armut und sozialer Ungleichheit liegen? Oder braucht es Verbote, weil eine Liberalisierung nur jenen zugute kommt, die im Vergleich schon privilegiert sind, unter würdigen Bedingungen arbeiten, neben der Arbeit noch Zeit für die Schule finden und um sich politisch zu organisieren?

Tahí Abrego hat sich in diesen Fragen entschieden. Die 44 Jahre alte Psychologin sitzt in einem Café in Boliviens Hauptstadt Sucre und erzählt von ihrer Arbeit. Abrego ist eher unauffällig mit ihrem langen, zu einem losen Pferdeschwanz gebundenen Haar, Jeans und Oberteil in gedeckten Farben, nur der schwarze Lidstrich sticht heraus.

Vor 13 Jahren gründete sie mit anderen die NGO „Realidades“, zu deutsch: Realitäten. Gestartet im Geiste der Graswurzelbewegung, versucht diese heute vor allem Einfluss auf die Politik zu nehmen. Sie fordert Gesetze, die Stadt und Land dazu verpflichten, Geld für arbeitende Kinder und ihre Eltern in die Hand zu nehmen, für Präventionsprojekte und Aufklärungskampagnen etwa.

Abrego spricht schnell, es hat etwas Flackerndes, wenn sie von den Schicksalen berichtet, die ihr bei ihrer Arbeit begegnen. Zum Beispiel das sieben Jahre alte Mädchen, das als „mobile Verkäuferin“ bunter Götterspeise für umgerechnet 13 Cent pro gefülltem Plastikschlauch die Schulden ihrer Eltern abbezahlt. Oder ein acht Jahre alter Junge, der Autofahrern bei Rot etwas vorjonglierte, bis sein vier Jahre alter Bruder nicht mehr am Straßenrand warten wollte und loslief, als die Ampel auf Grün umschaltete – und überfahren wurde. Oder ein zehnjähriger Hirte auf dem Land, der sich den Strick umband, an dem er seine Kuh führte. Als ein Blitz einschlug, rannte die Kuh los, der Junge starb. Abregos Augen füllen sich mit Tränen, wenn sie solche Dinge erzählt.

Abrego haderte lange, was sie davon halten soll, wenn die Gesetze gelockert und damit die Lebenswirklichkeiten der Kinder rechtlich anerkannt würden. Boliviens „Ley 548“, ein Gesetz von 2014, verfolgte dieses Ziel. Es erlaubte Kindern zwischen 10 und 14 Jahren nach einer offiziellen Genehmigung selbstständig und 12- bis 14-Jährigen, für einen Arbeitgeber zu arbeiten. Davon aus-

### Drei „Ave Maria“, drei „Vaterunser“: 5 Bolivianos, umgerechnet 65 Cent

genommen sind „gefährliche Arbeiten“, wie Bergbau oder Zuckerrohrernte. Den 12- bis 14-Jährigen gab das Gesetz damit auch ein Recht auf einen Arbeitsvertrag, geregelte Arbeitszeiten, den gesetzlichen Mindestlohn. Doch das UN-Kinderhilfswerk Unicef und die ILO reagierten mit scharfer Kritik, denn Bolivien verstieß damit gegen zwei ratifizierte ILO-Konventionen. Sie verbieten die Arbeit von Kindern unter 14 Jahren unter allen Umständen.

Evo Morales, der Präsident wiederum erinnerte daran, dass er als Kind selbst Lamas gehütet habe. Er begründete die Gesetzesänderung auch damit, dass die Arbeit von Kindern Teil der kulturellen Identität seines Landes sei und ihnen „soziale Verantwortung“ beibringe.

Für Abrego hat die Sache einen ideologischen Beigeschmack: Morales habe unter dem Deckmantel der Kultur seine Ressentiments gegen den Einfluss internationaler Organisationen geschürt, sagt sie. Doch was für Abrego noch schwerer wog, waren die Gespräche mit den Kindern. Sie stellte ihnen die Gretchenfrage: „Und wenn du einmal

Kinder hast, werden sie auch arbeiten gehen wie du? Die Antwort sei immer ‚Nein‘ gewesen – für Abrego der klare Beweis dafür, dass die Kinder litten. Auch jene, die behaupteten, sie arbeiteten freiwillig und gern. Also entschied Abrego: Arbeitenden Kindern sei mit mehr Rechten nicht geholfen, denn sie würden ausgebeutet, Punkt.

Sie schlage ihnen auch Wünsche ab, die dazu dienen, weiter zu arbeiten – zum Beispiel ein neuer Schuhputzkasten. Wenn andere NGOs das machten, fein. Aber sie müsse da konsequent sein, sagt sie.

„No al trabajo infantil“, Nein zur Kinderarbeit: Damit liegen Abrego und ihre NGO auf einer Linie mit Unicef und der ILO. Und sie gewannen den Streit für sich: Als ausgerechnet die USA damit drohten, Bolivien Zollvorteile zu entziehen, nahm die Regierung das Gesetz im Dezember 2018 schließlich zurück. Dabei sind die USA neben dem Südsudan das einzige Land der Weltgemeinschaft, das die UN-Kinderrechtskonvention bis heute nicht unterzeichnet hat.

Doch für die Kinder änderten neue Bestimmungen ohnehin nicht viel, sagt Abrego. „Das größte Problem hier ist, dass die Gesetze nicht angewendet werden.“ Von 2014 bis Ende 2018, während die Sonderregelungen für 10- bis 14-jährige galten, hätten die Rechtsschutzstellen keine einzige der vorgesehenen Arbeitsgenehmigung für Kinder unter 14 Jahren ausgestellt. Stichprobenartig gebe es hier und da Kontrollen, vor allem in den Städten und nach 22 Uhr. Dann ließen sich die Hüter\_innen der Ordnung von den Kindern zu ihren Eltern führen, und die bekamen eine Abmahnung. Selten würden die Kinder oder Jugendlichen aus ihren Familien herausgenommen. Das sei auch besser so, sagt Abrego. In den Kinderheimen seien die Kinder meist nicht gut aufgehoben.

Elizabeth Muñoz stimmt Abrego in diesem Punkt zu. Sie ist 47 Jahre alt, eine zierliche Frau mit weicher Stimme und durchdringendem Blick. Seit sechs Jahren leitet die Juristin das „Haus der Freunde“ der NGO „Zentrum für arbeitende Minderjährige“ (Cimet). Ein eingeschossiger Bau, eingeklemmt zwischen einem Bolz- und einem Spielplatz im Zentrum von Sucre. Und auch in einem

weiterer Punkt ist sie gleicher Meinung wie die Psychologin Abrego: „Bildung ist der einzige Weg aus dem Teufelskreis der Armut“, sagt Muñoz. Doch viele Eltern, die selbst kaum zur Schule gegangen sind, sehen in ihrer Not vor allem das Hier und Jetzt. Arbeit, auch die der Kinder, bringt Geld, heute, für den Bus nach Hause, für das Abendessen, für die nächste Miete. „Die Schule mit ihren Heften, Stiften und Büchern frisst dieses Geld wieder auf.“ Es ist eine Abwägung zwischen akutem Hunger und einem Wohlstand, der für sie in weiter Ferne liegt.

Muñoz erzählt, manchmal kämen zweifelhafte Kinder zu ihr, weil sie nicht genug Geld verdient hatten und fürchteten, zu Hause mit Schlägen dafür büßen zu müssen. Dann suchen Muñoz und ihre Mitarbeiter\_innen das Gespräch mit den Eltern. Oder Muñoz hilft mit ihrer Expertise als Anwältin, den Fall vor Gericht zu bringen, gratis. Muñoz aber glaubt, dass Verbote schaden. „Ein Verbot bringt niemandem etwas. Wir müssen die Kinder unterstützen, ihnen etwas von ihrer Last abnehmen.“ Ein neues Stipendienprogramm soll den Ehrgeizigsten in Zukunft ein Studium finanzieren. Ob und wie sie vorher neben der Schule arbeiten, spielt keine Rolle.

Muñoz ist enttäuscht über den Rückzieher der Regierung. Sie sagt, das Kinderarbeits-Gesetz 548 hätte zum Schutz der Kinder beitragen können, indem es die Realität, in der sie nun mal leben, anerkannte anstatt sie zu kriminalisieren und gesellschaftlich auszugrenzen.

Tahí Abrego aber findet, Einrichtungen wie das Cimet erhielten die Missstände aufrecht.

Das Cimet hat vor allem eine Zielgruppe: Friedhofskinder. Andrés Chávez, 13 Jahre alt, ist eines dieser Kinder. An einem Dienstagmittag stolpert er in seiner Schuluniform in den Speisesaal im „Haus der Freunde“. Er schiebt einen symbolischen Boliviano, umgerechnet 13 Cent, über den Tisch, nimmt sich eine Schüssel von der Anrichte und schlürft eilig seine Nudelsuppe. Als er aufgegessen hat, hastet er aus dem Raum und kommt wenig später in einem abgewetzten Trainingsanzug zurück. Aber Andrés geht nicht auf den Bolzplatz nebenan, er geht Gräber pflegen und Gebete für die Toten zu sprechen – gegen Bezahlung.

Um die Ecke liegt der Zentralfriedhof von Sucre. Ein Ruhepol in der Hektik einer lateinamerikanischen Großstadt, bewaldet von 293 Zypressen, die wie Wachtürme seit 1892 um ein Labyrinth aus unzähligen Kolumbarien – Nischen zur Aufnahme von Urnen – und Mausoleen herum stehen. Es ist zehn vor drei, der Friedhof hat seine Siesta vor 50 Minuten beendet und seine Pforten wieder geöffnet. Andrés bleiben zwei Stunden und vierzig Minuten, um Geld zu verdienen. Er postiert sich am Seiteneingang, wo schon ein paar Mädchen stehen.

„Sie haben mich beim Beten erwischt, da musste ich blechen“, erzählt er von seinem ersten Tag auf dem Friedhof im August 2019. Sie, das sind die anderen Friedhofskinder, deren Vorgänger\_innen vor 23 Jahren anfangen, sich zu organisieren. Seitdem regeln sie ihre Angelegenheiten in einem eigenen Gremium, das von der Stadtverwaltung unabhängig ist. Das oberste Gebot: Auf dem Friedhof darf nur arbeiten, wer auch angemeldet ist. Die Gebühr: 50 Bolivianos, umgerechnet 6,60 Euro. Das Geld hatte Andrés selbst zusammengespargt. Mit den Erlösen aus seinem vorherigen



Daniela Rodríguez, 18, ist Vizepräsidentin der Kindergewerkschaft Fednayjts in Sucre. Mittlerweile studiert sie Erdöltechnik

Job als Autoscheibenwischer. Wenn Andrés betet, dann betet er nicht für sich, sondern für trauernde Fremde. Kniend, mit zusammengefalteten Händen, vor einem toten Fremden. Dafür gibt es 5 Bolivianos, 66 Cents. Dreimal „Ave Maria“, dreimal „Vaterunser“, dreimal „Gloria, Ehre sei Gott in der Höhe“.

Oder er wechselt Blumen an den höher gelegenen Urnen aus. Er steht kerzengerade im Torbogen des Eingangs, eine Frau mit einem Bund Schleierkraut in der Hand nähert sich dem Eingang. Andrés und die Mädchen rufen durcheinander. Die Kundin geht zu Andrés. Er sprintet los und holt eine der Holzleitern, die an einer Zypresse lehnen. Die kleine, untersetzte Frau tippelt hinterher. An Grab 130 angekommen geht es alles ganz schnell: Leiter ansetzen, hochklettern, Türchen öffnen, verwelkte Nelken raus,

## Ex-Präsident Evo Morales erinnerte daran, dass er früher selbst Lamas hütete

wieder runter, schnell zur Wasserstelle und – die Zunge fest zwischen die Lippen geklemmt – Vase auswaschen. Die Frau schaut Andrés mit liebevollem Blick zu und sagt: „Wie gut, dass die Kinder hier arbeiten. So bleiben sie nicht auf irgendwelchen Drogen hängen wie in anderen Ländern“. Andrés stopft das Schleierkraut in die Vase, Leiter wieder hoch, Türchen zu, fertig. 4 Bolivianos, bitte, 52 Cent.

Zurück am Friedhofstor, steht nur noch eines der Mädchen dort. Außer Atem fragt Andrés: „Und? Wie viel hast du schon gemacht?“ Sie verzieht die Mundwinkel, „Erst 15 Bolivianos. Und du?“ Aber Andrés ist schon wieder vorgerannt, sucht neue Kundchaft.

Der Rat der Friedhofskinder ist nicht die einzige Organisation arbeitender Kinder und Jugendlicher. Schon in den 1970er Jahren gründeten sich in einigen Ländern Südamerikas Kindergewerkschaften, aus ihnen wurde etwa im Jahr 2000 die nationale Gewerkschaft Unatsbo. Anfang der 2010er Jahre zählte sie Zehntausende Kinder und Jugendliche.

Daniela Rodríguez erinnert sich gern an diese Zeit zurück. 18 Jahre, Vans, rosa Jacke, rosa Fin-

gernägel, fünffach gepiercte Ohren. Auch sie ist ein Friedhofskind und Vize-Präsidentin der Kindergewerkschaft Fednayjts in Sucre. Damals, mit 12 Jahren, sei sie als Abgesandte des Friedhofsgremiums nach La Paz zum Gewerkschaftskongress der Unatsbo gereist. „Das war unsere beste Zeit“, sagt sie mit einem Anflug von Wehmut. Im selben Jahr zerbrach die Unatsbo an der Frage, wie viel Einfluss von außen sie zulassen wolle. Ein Teil der Gewerkschaft ergriff die Hände wohlwollender Organisationen aus dem Ausland, ein anderer verweigerte sich ihnen.

Daniela hat mit Bestnoten ihren Schulabschluss gemacht und studiert seit ein paar Monaten Erdöltechnik. Von Cimet bekommt sie ein Stipendium. Grabpfleger Andrés weiß, dass er nach aktueller Gesetzeslage mit seinen 13 Jahren eigentlich nicht arbeiten darf. Aber es ist ihm egal, weil sein größter Wunsch ist, „mal wer zu werden“.

Edgar, das Klinkerkind am Stadtrand von Sucre, zuckt mit den Schultern, als er gefragt wird, ob er dieses Jahr zur Schule geht. Und er zuckt mit den Schultern bei der Frage, was er über seine Rechte weiß. Was Edgar aber sicher weiß, ist, dass in seinem Ofen 20.000 Lehmziegel auf ihn warten, die er möglichst schnell verkaufen muss.

Die Corona-Pandemie hat für sie alle die Lage verändert. Für Andrés und Daniela bedeutet die Krise, dass sie nicht mehr arbeiten gehen können. Der Friedhof ist geschlossen, und auch ihre Anlaufstelle Cimet darf nicht öffnen. Um den Kontakt zu den Kindern nicht zu verlieren, rufen die Leiterin Elizabeth Muñoz und Mitarbeiter\_innen des Cimet regelmäßig an. Doch nicht alle Kinder und Jugendliche haben ein Handy oder Geld für Guthaben. Und Muñoz sagt: „Es macht einen großen Unterschied, ob man den Kindern in die Augen schauen kann oder nicht, wenn sie behaupten, es gehe ihnen gut“.

Aber die Pandemie hat auch neue Bündnisse geschaffen: Tahí Abrego von der NGO „Realidades“ und Elizabeth Muñoz haben gemeinsam mit anderen kirchlichen und staatlichen Institutionen eine Kampagne gestartet und Spenden von umgerechnet 3.000 Euro eingeholt. Sie kauften davon Nahrungsmittel wie Reis, Zucker, Mehl, schnürten Pakete und fuhren sie an 193 Familien in Sucre aus, deren Kinder normalerweise arbeiten gehen würden. Zuletzt sind die Fallzahlen in der Stadt wieder gestiegen. „Was bleibt uns mehr, als zu hoffen“, sagt Muñoz.



Edgar Esquivel, 17, arbeitet seit 11 Jahren

## Coronafolgen werden Millionen weiterer Kinder zur Arbeit zwingen

Fast jedes zehnte Kind weltweit arbeitet unter unwürdigen Bedingungen

Zum Internationalen Tag gegen Kinderarbeit am 12. Juni warnen Hilfswerke vor einem Anstieg der Kinderarbeit durch die Coronapandemie. „In vielen Ländern Afrikas, Lateinamerikas und Asiens haben die Lockdowns dazu geführt, dass Erwachsene ihre Arbeit verloren und somit keine Einkünfte mehr haben, so die NGO World Vision.

„Kinder finden in solchen Situationen häufiger eine Arbeit als ihre Eltern, weil sie für noch geringere Löhne und unter noch menschenunwürdigeren Bedingungen arbeiten.“

Nach einer Befragung von rund 10.000 Familien in sechs asiatischen Ländern berichtet World Vision in einer neuen Studie, dass 8 Prozent der befragten Familien jetzt ihre Kinder zur Arbeit schicken und 4 Prozent zum Betteln. Die UN-Agrarorganisation FAO bestätigt, dass in afrikanischen Ländern mehr arme Familien ihre Kinder zur

Arbeit schicken, wenn Schulen schließen und damit die Schulspeisung wegfällt. Das UN-Kinderhilfswerk Unicef merkt an, dass Tod oder Erkrankung von Eltern oft die älteren Kinder dazu zwingt, deren Rolle zu übernehmen.

Die Weltbank schätzt, dass durch die Coronamaßnahmen dieses Jahr 40 bis 60 Millionen Menschen unter die absolute Armutsgrenze rutschen. „Wir erwarten, dass allein dadurch Millionen von Kindern zur Arbeit gedrängt werden“, so Unicef. Unicef geht von weltweit

218 Millionen arbeitenden Kindern zwischen 5 und 17 Jahren aus. Fast die Hälfte sind jünger als 12 Jahre. 152 Millionen Kinder, also fast jedes zehnte Kind weltweit, arbeitet unter unwürdigen Bedingungen, zumeist in Afrika und Asien und zu 70 Prozent in der Landwirtschaft. Zu den „schlimmsten Formen der Kinderarbeit“ zählt die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) Sklaverei sowie Zwangsarbeit einschließlich des Einsatzes von Kindersoldaten, Kinderprostitution und Kinderpornografie.

Während Jungen in der Industrie oder im Bergbau von staatlichen Regulierungen geschützt werden können, sofern diese greifen, arbeiten Mädchen oft in Privathaushalten, wo sie unerfasst bleiben und sexuellem Missbrauch ausgesetzt sind. In der Subsistenzlandwirtschaft armer Länder ist es üblich, dass alle Familienangehörige mitarbeiten, sobald sie laufen können.

Kinderarbeit ist nicht per se verboten. Die UN-Kinderrechtskonvention von 1999, die alle Staaten außer den USA und Südsudan ratifiziert haben, er-

kennt „das Recht des Kindes an, vor wirtschaftlicher Ausbeutung geschützt und nicht zu einer Arbeit herangezogen zu werden, die Gefahren mit sich bringen, die Erziehung des Kindes behindern oder die Gesundheit des Kindes oder seine körperliche, geistige, seelische, sittliche oder soziale Entwicklung schädigen könnte“. Bereits seit 1973 verpflichtet ein ILO-Übereinkommen alle Staaten, ein Mindestalter für Beschäftigung gesetzlich festzuschreiben. Es variiert meist zwischen 14 und 16 Jahren. *Dominic Johnson*

taz am wochenende

## Gerechtigkeit für Walter Lübcke

Vor einem Jahr wurde der Politiker Walter Lübcke auf seiner Terrasse erschossen. Am 16. Juni soll der Prozess gegen den mutmaßlichen Täter und einen Mittäter beginnen. Wie blicken die Angehörigen von Walter Lübcke auf diesen Prozess?

Morgen am Kiosk oder in Ihrem Briefkasten.

taz.de/we



FOTO: SWEN PFÖRTNER/DPA